

Kanzlei Freiraum · Breite Straße 22 · 40213 Düsseldorf

Per Vergabeportal

An alle interessierten Unternehmen

Kanzlei Freiraum

Breite Straße 22 · 40213 Düsseldorf

Tel: +49 160 - 179 575 5

Fax: +49 211 - 540 747 140

Kanzlei@freiraum-recht.de

www.freiraum-recht.de

13. Mai 2026

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Bearbeiter, E-Mail

Rechtsanwalt Timm Freiheit

Timm.Freiheit@freiraum-recht.de

Auftraggeber: Hegau-Bodensee-Klinikum GmbH
Projekt: Ausschreibung von medizinischen Geräten #2017
Vergabeverfahren: Biplane Angiographie
Vergabenummer: 2017.6150

Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Interesse an dem ausgeschriebenen Auftrag und bitten Sie, einen Teilnahmeantrag bis **16.06.2026 08:00 Uhr** in deutscher Sprache elektronisch über das Vergabeportal einzureichen.

Bitte beachten Sie folgende Bewerbungsbedingungen und die weiteren Vergabeunterlagen.

Inhalt:

1	Auftraggeber	3
2	Gegenstand der Ausschreibung	3
3	CPV-Codes (Einheitliche Klassifikation der EU für öffentliche Aufträge)	5
4	Verfahrenssprache	5
5	Verfahrensrecht und Verfahrensart	5
6	Elektronische Datenübermittlung	6
7	Vergabeunterlagen	7
8	Fragen und Hinweise	7
9	Bietergemeinschaften.....	8
10	Unterauftragnehmer	8
11	Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten	8
12	Geheimschutz, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	9
13	Entschädigung.....	9
14	Losaufteilung	9
15	Eignungskriterien	9
16	Bieterauswahl.....	11
17	Ortsbesichtigung	12
18	Zuschlagkriterien (Wertungskriterien).....	12
19	Einzureichende Unterlagen	13
20	Ausschlussgründe	14
21	Ausführungsbedingungen.....	14
22	Wettbewerbsregister, Wettbewerbsbeschränkende Absprachen / Mittelstandskartelle	14
23	Vertragsunterzeichnung	15
24	Haftungsausschluss.....	15
25	Datenschutz, Vergabebekanntmachung	15
26	Gender-Hinweis.....	15
27	Angestrebter Zeitplan.....	16

1 Auftraggeber

Auftraggeber ist die:

Hegau-Bodensee-Klinikum GmbH
Virchowstraße 10
78224 Singen (Hohentwiel)

Vertreten durch: Dipl.-Volksw. Bernd Sieber (Geschäftsführer)

Der Auftraggeber ist eingebunden in den Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz. Weiterführende Informationen finden Sie unter <https://www.glkn.de/>

Ansprechpartner für dieses Vergabeverfahren ist:

Rechtsanwalt Timm Freiheit
Timm.Freiheit@freiraum-recht.de
Kanzlei Freiraum | Breite Straße 22 | 40213 Düsseldorf

Der Auftraggeber trifft sämtliche Verfahrensentscheidungen in eigener Person bzw. durch eigene Mitarbeiter.

2 Gegenstand der Ausschreibung

Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die Fertigungs-, Montage-, Inbetriebnahme- und Wartungsleistungen für eine an die spezifischen Belange und Rahmenbedingungen des Hegau-Bodensee-Klinikum Singen angepasste biplane Angiographicanlage.

Vom Auftragnehmer sind insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

Erstellung, Lieferung, Einbringung, Installation inkl. erforderlicher technischer und rechtlicher Prüfungen und Abnahmen einer biplanen Angiographicanlage.

- Lieferung und Anschluss der notwendigen Gerätekomponenten
- Wartungsleistungen für Anlagenkomponenten für einen Zeitraum von 10 Jahren.

2.1 Beschreibung der benötigten Leistungen

Benötigt wird eine biplane Angiographicanlage für die routinemäßige Diagnostik und Intervention des gesamten neuroradiologischen und radiologischen Spektrums gemäß den technischen Anforderungen und Kriterien des Leistungsverzeichnisses. Es soll eine zusätzliche Anlage beschafft werden.

Der bestehende Grundriss der Abteilung wird so geändert, dass Angiographielabor, Schaltraum und Technikfläche entstehen. Die Umgestaltung dieses Bereiches erfolgt durch das Haus. Die Bieter haben zu prüfen, ob ihr angebotenes System (inklusive allen Systemkomponenten) in die geplanten Räumlichkeiten passt und eine uneingeschränkte Nutzung möglich ist. Hierzu sind Ortsbesichtigungen vorgesehen (siehe Ziff. 17 des Anschreibens).

Etwaige Anpassungen oder Neubauten des Bodenrahmens, der Schwerlastdecke und der Elektrounterverteilung sind hingegen als Optionen mit anzubieten. Die Konfigurationen und Anforderungen ergeben sich aus dem **Formblatt 20 (Angebot GLKN_Biplan)**.

Der Auftragnehmer muss die erfolgreiche Bereitstellung, Einführung sowie den Betrieb der Anlage im Rahmen des vorgegebenen Zeitplans und des verbindlichen Angebotspreises gewährleisten und übernimmt die Planung, Steuerung und Koordinierung des Projektes innerhalb seines Verantwortungsbereiches.

Die Inbetriebnahme soll, in Abhängigkeit des Baufortschrittes, voraussichtlich in Q1/2027 erfolgen. Für nähere Informationen wird auf die Leistungsbeschreibung verwiesen.

2.2 Optionen

Der Vertrag enthält die Möglichkeit zum Abruf weiterer Leistungen in zwei Kategorien:

- Optionen zu Einbau und Funktionsumfang des Gerätes
- Wartung in zwei Serviceleveln: (1.) Betriebswartung und (2.) Vollwartung

Art und Umfang:

Die optionalen Leistungen zum Einbau und zum Funktionsumfang des Gerätes sind im **Formblatt 20 (Angebot GLKN_Biplan)** im Tabellenblatt „*Biplan Neuro*“ unter Ziff. 18 im Einzelnen beschrieben.

Die optionalen Wartungsleistungen sind im Dokument **Formblatt 20 (Angebot GLKN_Biplan)** im Tabellenblatt „*Instandhaltung*“ im Einzelnen beschrieben. Die Wartung hat eine maximale Laufzeit von 10 Jahren ab Inbetriebnahme.

Voraussetzungen:

Mit dem Zuschlag sind grundsätzlich keine Optionen beauftragt. Der Auftraggeber strebt an, den Abruf nach den technischen und organisatorischen Erfordernissen des vom Auftragnehmer angebotenen Gerätes und dessen Dispositionszeiten auszurichten und den Abruf unmittelbar mit Zuschlag zu erklären. Ferner strebt der Auftraggeber an, die Wartung in einer der beiden Servicelevel für die vollständige Laufzeit in Anspruch zu nehmen.

Alle nicht bereits mit Zuschlag abgerufenen Leistungen sind auf Verlangen des Auftraggebers unter Berücksichtigung vertraglicher, hilfsweise dem Auftragsgegenstand und Leistungsumfang angemessener Vorlaufzeiten des Auftragnehmers auszuführen.

Der Auftraggeber behält sich das uneingeschränkte Recht vor, auf den Abruf optionaler Leistungen ganz oder teilweise zu verzichten. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf den Abruf optionaler Leistungen und kann aus einem nicht erfolgten Abruf keine Vergütungs- oder Ersatzansprüche gegen den Auftraggeber ableiten. Der Auftraggeber sichert keine Exklusivität zu.

3 CPV-Codes (Einheitliche Klassifikation der EU für öffentliche Aufträge)

33100000-1 Medizinische Geräte

33110000-4 Bildgebungs-ausrüstung für medizinische, zahnärztliche und tiermedizinische Anwendungen

33111710-1 Angiographie- Ausstattung

33111720-4 Angiographie- Ausrüstung

50400000-9 Reparatur und Wartung von medizinischen Geräten und Präzisionsgeräten

4 Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist deutsch.

Der Auftraggeber behält sich vor, vorgelegte Unterlagen und Nachweise auch in anderer Sprache anzuerkennen, soweit diese für den Auftraggeber hinreichend verständlich sind. Im Weiteren behält sich der Auftraggeber vor, bei nicht in deutscher Sprache verfassten Dokumenten eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche nachzufordern.

5 Verfahrensrecht und Verfahrensart

Der Auftraggeber verfährt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) in jeweils aktueller Fassung. Im Falle von Widersprüchen sind die Vergabeunterlagen im Zweifel im Sinne der gesetzlichen Regelungen auszulegen, hilfsweise sind die gesetzlichen Verfahrensregelungen maßgeblich. Die Hinweise und Vorgaben in den Vergabeunterlagen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und können eigene Kenntnis der Teilnehmer von den geltenden Verfahrensvorschriften nicht ersetzen. Im Falle von Abweichungen oder Widersprüchen zwischen der Auftragsbekanntmachung und den Verfahrensbedingungen ist ausschließlich die aktuelle Auftragsbekanntmachung maßgeblich.

Der Auftrag wird im Wege eines Verhandlungsverfahrens mit Teilnahmewettbewerb nach §§ 74, 17 VgV vergeben.

Überblick zum Verfahrensablauf:

Das Verfahren beginnt mit einem öffentlichen Teilnahmewettbewerb, in dem jedes interessierte Unternehmen einen Teilnahmeantrag einreichen kann. Auf Grundlage der eingereichten Teilnahmeanträge wird die Eignung der Bewerber anhand der für das Verfahren festgelegten Kriterien geprüft (siehe Ziff. 15 des Anschreibens). Übersteigt die Zahl geeigneter Bewerber die festgelegte Höchstzahl, die zur Angebotsabgabe aufgefördert werden kann, wird die Zahl nach festgelegten Kriterien zur Bieterauswahl reduziert (siehe Ziff. 16 des Anschreibens).

In der darauffolgenden Angebots- und Verhandlungsphase werden nur die geeigneten (und ggf. bei Überschreiten der Höchstzahl ausgewählten) Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefördert. Angebote von weiteren Unternehmen sind nicht zulässig. Die Erstangebote bilden

die Grundlage für möglicherweise später folgende Verhandlungen. Die Angebotsfrist wird mit der Aufforderung zur Abgabe der Erstangebote festgesetzt.

Im Zuge von Verhandlungen wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen ggf. aktualisieren. In diesem Fall erhalten alle an der Verhandlungsrunde beteiligten Bieter einheitlich die Gelegenheit, aktualisierte Angebote einzureichen. Beabsichtigt der Auftraggeber, die Verhandlungen abzuschließen, unterrichtet er die verbleibenden Bieter und legt eine einheitliche Frist für die Einreichung der finalen Angebote und die Dauer fest, für die die Bieter an ihre Angebote gebunden sind.

Besonderheiten:

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (§ 17 Abs. 11 VgV).

Der Auftraggeber behält sich außerdem das Recht vor, die Verhandlungen in verschiedenen aufeinanderfolgenden Phasen abzuwickeln, um so die Zahl der Angebote, über die verhandelt wird, anhand der vorgegebenen Zuschlagskriterien zu verringern (§ 17 Abs. 12 VgV).

Ortsbesichtigungen sind in diesem Verfahren aus Sicht des Auftraggebers zwingend erforderlich. Näheres ist in Ziff. 3.2 der Leistungsbeschreibung erläutert.

Als ein Zuschlagskriterium sind sog. Anwenderbesuche vorgesehen, bei denen Vertreter des Auftraggebers das jeweils angebotene System im Livebetrieb besichtigen, z.B. bei Referenzkunden des Bieters. Näheres ist im **Formblatt 20 (Angebot GLKN_Biplan)** im Tabellenblatt „Anwenderbesuche“ erläutert.

6 Elektronische Datenübermittlung

Das Vergabeverfahren wird über ein elektronisches Vergabeportal geführt. Für die Abgabe von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Bieterfragen ist eine Registrierung im Vergabeportal erforderlich. Die ordnungsgemäße und rechtzeitige Registrierung ist Sache der Bewerber / Bieter. Es kann jederzeit zu Wartungsarbeiten und Störungen des Vergabeportals kommen, die außerhalb des Einflussbereichs des Auftraggebers stehen. Es wird empfohlen, das Hochladen von Unterlagen in das Vergabeportal rechtzeitig vor Fristablauf abzuschließen und dessen Erfolg zu kontrollieren.

Bewerber und Bieter müssen während des Vergabeverfahrens jederzeit damit rechnen, Nachrichten des Auftraggebers über das Vergabeportal zu erhalten. Das Vergabeportal benachrichtigt registrierte Verfahrensteilnehmer über den Eingang. Verfahrensteilnehmer haben Nachrichten des Auftraggebers unverzüglich nach Erhalt der Benachrichtigung vom Vergabeportal abzurufen. Nachrichten des Auftraggebers im Vergabeportal gelten zum Zeitpunkt der Benachrichtigung als zugegangen. Ruft ein Verfahrensteilnehmer eine an ihn gerichtete Nachricht trotz Benachrichtigung nicht rechtzeitig ab, muss er dies gegen sich gelten lassen.

Bewerber und Bieter haben sicherzustellen, dass ihre im Vergabeportal hinterlegten Kontaktdaten aktuell sind. Wenn ein Unternehmen mit mehreren Benutzern im Vergabeportal registriert ist, erfolgt der Nachrichtenversand grundsätzlich an den Benutzer, der im Vergabeverfahren bereits Teilnahmeanträge oder Angebote, hilfsweise sonstige Erklärungen abgegeben hat.

7 Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen stehen über das Vergabeportal unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt zur Verfügung. Für den Abruf ist keine Registrierung erforderlich. Enthalten die Vergabeunterlagen Unrichtigkeiten, Unklarheiten und / oder Unstimmigkeiten, deren Klärung für die Angebotsabgabe bzw. die Vertragserfüllung wesentlich ist, so ist darauf unverzüglich – jedenfalls aber vor Ablauf der Angebotsfrist – hinzuweisen.

Der Auftraggeber behält sich vor, zu jedem Verfahrensstadium und insbesondere auch unmittelbar vor dem Ablauf der Angebotsfrist, Änderungen und Berichtigungen der Vergabeunterlagen vorzunehmen. Alle Verfahrensteilnehmer haben sich selbstständig und regelmäßig über Änderungen der Vergabeunterlagen zu informieren und ihren Angeboten die aktuelle Fassung zugrunde zu legen.

Sämtliche Informationen, die der Auftraggeber im Rahmen des Vergabeverfahrens gibt, wie z.B. im Rahmen der Beantwortung von Fragen, werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhaltliche Änderungen an den Vergabeunterlagen durch Bewerber oder Bieter sind unzulässig und können zum Ausschluss führen. Dies gilt insbesondere auch für bieterseitige Klarstellungen, Berichtigungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen.

8 Fragen und Hinweise

Jeder Bieter hat sich vor Abgabe seines Angebotes über alle Umstände zu erkundigen, die für seine Angebotsgestaltung und die Ausführung der Leistung relevant sein könnten.

Es ist zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens zulässig, Fragen zu stellen oder Hinweise zu geben. Dies sollte so rechtzeitig erfolgen, dass der Auftraggeber die angefragten Informationen spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist geben bzw. auf den Hinweis reagieren kann.

Fragen und Hinweise sind über das Vergabeportal einzureichen. Sie werden dort anonymisiert, aber im Übrigen grundsätzlich unverändert im Wortlaut veröffentlicht und einheitlich gegenüber allen Verfahrensteilnehmern beantwortet. Individuelle telefonische Auskünfte werden nicht erteilt.

Der Auftraggeber behält sich vor, zu jedem Verfahrensstadium (auch unmittelbar vor Fristablauf) Fragen zu beantworten und bei Bedarf Fristen zu verlängern. Dies wird über das Vergabeportal mitgeteilt.

9 Bietergemeinschaften

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind im gesetzlichen Rahmen zulässig. Sie stehen Einzelbewerbern / -bietern gleich.

Bewerber- / Bietergemeinschaften haben ihre Mitglieder zu benennen sowie ein Mitglied als Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu bevollmächtigen.

10 Unterauftragnehmer

Unterauftragnehmer (auch: Subunternehmer oder Nachunternehmer) sind zugelassen.

Ein Unterauftrag liegt nur vor, wenn der vorgesehene Unterauftragnehmer auf Rechnung des Bieters einen Teil der zu vergebenden Leistungen selbstständig ausführen soll. Fachhändler, Lieferanten oder Versicherungsunternehmen gelten regelmäßig nicht als Unterauftragnehmer.

Bieter müssen ihre Unterauftragnehmer sowie die jeweiligen Teile des Auftrags, die sie an Unterauftragnehmer zu vergeben beabsichtigen, im Angebot angeben.

Von jedem Unterauftragnehmer ist eine Verpflichtungserklärung darüber einzureichen, dass er die genannten Auftragssteile im Falle der Auftragsvergabe an den Bieter erbringt.

11 Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Jedem Teilnahmeantrag und jedem Angebot sind die Vergabeunterlagen zugrunde zu legen. Es sind die vorgegebenen Formblätter in aktueller Fassung zu verwenden. Diese sind an den dafür vorgesehenen Stellen auszufüllen und dürfen bei Bedarf vervielfältigt, aber im Übrigen nicht verändert werden. Jede unzulässige Änderung kann gesetzlich zum Ausschluss führen.

Alle Teilnahmeanträge und Angebote müssen vollständig und frei von Widersprüchen sein. Die vorzulegenden Unterlagen sind unter Ziff. 19 des Anschreibens angegeben.

Neben- und Alternativangebote sind nicht zugelassen.

Teilnahmeanträge und Angebote sind in Textform nach § 126b BGB über das Vergabeportal zu übermitteln, soweit keine andere Form gefordert oder zugelassen ist. Auf dem Postweg, per Telefax oder E-Mail sowie über die Kommunikationsfunktion des Vergabeportals übermittelte Anträge oder Angebote sind unzulässig und können nicht berücksichtigt werden.

Sofern der Auftraggeber abfragt, ob das Bieterunternehmen ein kleines oder mittleres Unternehmen ist (KMU), dient dies statistischen Zwecken nach der Vergabestatistikverordnung.

Änderungen, Ergänzungen oder Berichtigungen der Teilnahmeanträge oder Angebote durch den Bewerber bzw. Bieter sind bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist zulässig. Sie müssen zweifelsfrei sein und sind in der vorgesehenen Form abzugeben. Gibt ein Bewerber oder Bieter mehr als nur einen Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot ab, geht der Auftraggeber im Zweifel davon aus, dass die zeitlich spätere Fassung eine frühere ersetzt.

Bei der Prüfung und Wertung von Teilnahmeanträgen und Angeboten werden nur die Angaben an den dafür in den Formblättern vorgesehenen Stellen berücksichtigt. Verweisen auf nicht zugelassene Anlagen oder Internetquellen etc. wird insofern nicht gefolgt. Dies gilt insbesondere für Angaben zu Referenzen, Konzepten usw.

Sofern das für die Abgabe verwendete Benutzerkonto des Vergabeportals auf einen Dritten registriert ist, ist auf Anforderung des Auftraggebers eine Vollmacht des Dritten zur Nutzung des Benutzerkontos einzureichen. Dies gilt auch für konzernverbundene Unternehmen.

12 Geheimschutz, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Bewerber und Bieter sind verpflichtet, auf etwaige Geheimschutzanforderungen hinzuweisen sowie Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse in ihren eingereichten Unterlagen an jeder betreffenden Stelle kenntlich zu machen (vgl. § 165 Abs. 3 Satz 1 GWB). Im Übrigen kann der Auftraggeber, die Vergabestelle und eine Vergabekammer im Falle eines Nachprüfungsverfahrens von der Zustimmung zur Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte ausgehen (vgl. § 165 Abs. 3 Satz 2 GWB). Es ist unzulässig, die Teilnahme- oder Angebotsunterlagen ohne nähere Begründung insgesamt für geheimhaltungsbedürftig zu erklären.

Dies gilt entsprechend für die Zustimmung zur Veröffentlichung von Bieterfragen / Hinweisen.

13 Entschädigung

Der Auftraggeber zahlt keine Vergütung, Aufwandsentschädigung o.Ä. an Bewerber oder Bieter für die Teilnahme am Verfahren, insbesondere für die Angebotserstellung.

14 Losaufteilung

Der Auftrag ist nicht in Lose aufgeteilt.

15 Eignungskriterien

15.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, § 44 VgV

Bewerber müssen je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem sie niedergelassen sind, entweder die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staats oder auf andere Weise die erlaubte Berufsausübung nachweisen. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der [Richtlinie 2014/24/EU](#) aufgeführt (für Deutschland das „Handelsregister“, die „Handwerksrolle“ und bei Dienstleistungsaufträgen das „Vereinsregister“, das „Partnerschaftsregister“ und die „Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder“).

Der Nachweis kann z.B. als Eintragung der Registerdaten auf **Formblatt 01 (Teilnahmeantrag)** bzw. **Formblatt 03 (Eigenerklärung zur Eignung)** oder als Scan einer Urkunde vorgelegt werden. Weitergehende Nachweismöglichkeiten gemäß VgV bleiben unberührt.

Bei Bewerbergemeinschaften gilt die Anforderung für jedes Mitglied.

15.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit, § 45 VgV

15.2.1 Mindestjahresumsatz

Bewerber müssen (1.) ihren Gesamtumsatz und (2.) ihren Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags erklären, jeweils für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind.

Tätigkeitsbereich des Auftrags:

Fertigungs-, Montage-, Inbetriebnahme- und / oder Wartungsleistungen für medizinische Großgeräte (nicht notwendigerweise medizinische bildgebende Systeme)

Als Großgeräte zählen besonders aufwändige und teure medizintechnische Geräte mit hoher Investitionssumme, z.B. für bildgebende Diagnostik und Strahlentherapie (CT, MRT, Herzkatheteranlage, Linearbeschleuniger, SPECT/PET/PET-CT) oder auch hybride OP-Anlagen.

Nicht erfasst sind kleinere Standardgeräte (z.B. Ultraschall, EKG, Routine-Laborgeräte), Haustechnik (z.B. Notstromaggregate, raumlufttechnische Anlagen) und allgemeine elektrische Betriebsmittel (z.B. PCs, Drucker, Kühlschränke).

Die Erklärung hat auf **Formblatt 03 (Eigenerklärung zur Eignung)** zu erfolgen.

Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Bei der Prüfung der Eignung werden Bewerbergemeinschaften wie Einzelbewerber behandelt und die Werte der Mitglieder addiert. § 50 VgV bleibt unberührt. Kann ein Bewerber oder Bieter aus einem berechtigten Grund die geforderten Unterlagen nicht beibringen, so kann er seine wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Vorlage anderer, vom öffentlichen Auftraggeber als geeignet angesehener Unterlagen belegen (§ 45 Abs. 5 VgV).

Mindestanforderung:

5 Mio. € netto Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags in jedem der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Hinweis:

Die Angaben werden zur Bieterauswahl herangezogen (siehe Ziff. 16 des Anschreibens).

15.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

15.3.1 Geeignete Referenzen

Bewerber müssen **drei** geeignete Referenzen (Unternehmensreferenzen) über früher ausgeführte Aufträge nachweisen. Die Leistungen müssen in den letzten höchstens **10 Jahren** vor Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung (Referenzzeitraum) abgeschlossen worden sein.

Eine Referenz gilt als geeignet, wenn sie mit den Anforderungen des ausgeschriebenen Auftrags nach Art, Umfang und Komplexität vergleichbar ist. Dies setzt voraus, dass die Mindestanforderungen erfüllt sind.

Die Erklärung hat auf **Formblatt 03 (Eigenerklärung zur Eignung)** zu erfolgen. Eine Referenzbescheinigung des Referenzkunden ist nicht gefordert.

Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt für jedes Mitglied gesondert vorzulegen. Bei der Prüfung der Eignung werden Bewerbergemeinschaften wie Einzelbewerber behandelt. Die erforderliche Anzahl an Referenzen kann kumuliert durch die Referenzen der Mitglieder erreicht werden. Eine inhaltliche Teilung einer Referenz ist nicht zulässig (z.B. Referenz 1 mit Lieferung und Referenz 2 mit Wartung).

§ 50 VgV bleibt unberührt.

Mindestanforderung:

- Lieferung und Montage eines medizinischen Bildgebungssystems
- Wartungsleistungen für dieses System über mindestens 5 Jahre

15.3.2 Unteraufträge

Bewerber müssen angeben, welche Teile des Auftrags sie im Zuschlagsfall als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigen.

Die Erklärung hat auf **Formblatt 01 (Teilnahmeantrag)** zu erfolgen.

Bei Bewerbergemeinschaften ist das Formblatt nur einmal durch das federführende Mitglied vorzulegen. Es muss Unteraufträge der gesamten Bewerbergemeinschaft erfassen.

16 Bieterauswahl

Es werden mindestens **drei** und höchstens **fünf** Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert, sofern genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen. Bei einer höheren Anzahl geeigneter Bewerber findet eine Auswahl anhand der nachstehend erläuterten, objektiven und nichtdiskriminierenden Kriterien statt (§ 51 VgV). Bei einer geringeren Anzahl an Bewerbern werden alle geeigneten Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Als Auswahlkriterium werden die zu den Eignungskriterien angegebenen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrags herangezogen (Ziff. 15.2.1 des Anschreibens). Die Angaben eines Bewerbers zu den letzten drei Jahre werden addiert. Bewerbergemeinschaften werden wie Einzelbewerber behandelt und deren Werte addiert. Unterauftragnehmer / Dritte werden nur berücksichtigt, soweit ihre Kapazitäten per Eignungsleihe zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden. Die Bewerber mit den höchsten Summen nach dem Auswahlkriterium werden in absteigender Reihenfolge ausgewählt, bis die Höchstzahl an zur Angebotsabgabe aufzufordernder Bewerber erreicht ist.

Würde ein Gleichstand zur Überschreitung der Höchstzahl führen, erfolgt die Auswahl unter den Bewerbern mit Gleichstand hilfsweise entsprechend nach dem addierten Gesamtumsatz. Die Höchstzahl wird nicht überschritten.

Bewerber, die nicht berücksichtigt werden können, werden über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Teilnahmeantrages informiert.

17 Ortsbesichtigung

Ortsbesichtigungen sind in diesem Verfahren aus Sicht des Auftraggebers zwingend erforderlich. Näheres ist in Ziff. 3.2 der Leistungsbeschreibung erläutert.

18 Zuschlagskriterien (Wertungskriterien)

Der Auftraggeber hat folgende Zuschlagskriterien und Gewichtung zur Angebotswertung festgelegt. Aus der Gewichtung folgt jeweils die maximal erreichbare Wertungspunktzahl.

- Kriterium 1: Leistung (Biplanes Neuroradiologisches Angiographiesystem) (35 %)
- Kriterium 2: Investitionskosten (30 %)
- Kriterium 3: Instandhaltungskosten (15 %)
- Kriterium 4: Bauseitige Leistungen (5 %)
- Kriterium 5: Anwenderbesuch (15 %)

Die Zuschlagskriterien und ihre Gewichtung sowie die konkreten Anforderungen und Unterkriterien sind im **Formblatt 20 (Angebot GLKN_Biplan)** festgelegt und im Einzelnen beschrieben.

19 Einzureichende Unterlagen

19.1 Teilnahmeantrag

Für den Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen:

Nr.	Unterlage
Allgemein für jeden Teilnahmeantrag	
1	Formblatt 01 - Teilnahmeantrag
2	Formblatt 03 - Eigenerklärung zur Eignung
3	Formblatt 04 - Eigenerklärung zu Ausschlussgründen
4	Formblatt 05 - Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung BW
5	Formblatt 06 - Eigenerklärung zum Russland-Bezug (EU-Sanktionen)
Zusätzlich bei Bietergemeinschaften (für jedes Mitglied)	
1	Formblatt 02 - Bietergemeinschaftserklärung
2	Formblatt 03 - Eigenerklärung zur Eignung
3	Formblatt 04 - Eigenerklärung zu Ausschlussgründen
4	Formblatt 05 - Eigenerklärung Tariftreue und Mindestentlohnung BW
5	Formblatt 06 - Eigenerklärung zum Russland-Bezug (EU-Sanktionen) (soweit nicht in Haupteerklärung erfasst)
Zusätzlich beim Einsatz von Unterauftragnehmern / Eignungsleihe (für jedes Unternehmen)	
1	Formblatt 03 - Eigenerklärung zur Eignung (nur soweit für Eignungsleihe relevant)
2	Formblatt 04 - Eigenerklärung zu Ausschlussgründen
3	Formblatt 05 - Eigenerklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung BW
4	Formblatt 07 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer / Eignungsleiher

19.2 Angebot (erst nach Angebotsaufforderung)

Für die Erstangebote sind – voraussichtlich – folgende Unterlagen einzureichen:

Nr.	Unterlage
Allgemeine Angebotsunterlagen	
1	Formblatt 20 - Angebot GLKN_Biplan, mit zugelassenen Anlagen

20 Ausschlussgründe

Zum Nachweis gemäß §§ 123, 124 GWB ist eine Eigenerklärung gemäß **Formblatt 04 (Eigenerklärung zu Ausschlussgründen)** abzugeben. Zusätzlich ist die Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG) gemäß **Formblatt 05 (Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung)** erforderlich. Die Erklärungen sind für Einzelbieter, für jedes Mitglied eine Bietergemeinschaft und auch für jeden Unterauftragnehmer vorzulegen. Weitere Nachweismöglichkeiten gemäß VgV bleiben unberührt.

Zum Nachweis, dass kein Zuschlags- oder Vertragserfüllungsverbot gegen den Bewerber/Bieter wegen eines Russland-Bezugs i.S.d. Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 vom 31.07.2014 in der Fassung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 besteht, sind Eigenerklärungen gemäß **Formblatt 06 (Eigenerklärung zu EU-RUS-Sanktionen)** erforderlich, die auch Unterauftragnehmer erfassen.

21 Ausführungsbedingungen

Die Ausführung der Leistungen setzt den Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer nach einem vom Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers bereitgestellten Muster voraus. Der Auftraggeber wird ggf. auf den Auftragnehmer zukommen.

22 Wettbewerbsregister, Wettbewerbsbeschränkende Absprachen / Mittelstandskartelle

Der Auftraggeber ist ab einem geschätzten Auftragswert von 30.000 € ohne Umsatzsteuer verpflichtet, vor Zuschlagserteilung eine bieterbezogene Auskunft gemäß § 6 Abs. 1 WRegG und § 19 Abs. 4 MiLoG aus dem Wettbewerbsregister einzuholen. Hierzu sowie zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat jeder Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und, bejahendenfalls, auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit weiteren Unternehmen verbunden ist.

Liegen Einträge im Wettbewerbsregister vor, entscheidet der Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften in eigener Verantwortung über den Ausschluss des Bieters vom Vergabeverfahren. Der Bieter ist nach § 19 Abs. 5 MiLoG vor der Entscheidung über den Ausschluss zu hören. Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vertragsverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 GWB freigestellt. Die Voraussetzungen ergeben sich aus §§ 2, 3 GWB.

23 Vertragsunterzeichnung

Der ausgeschriebene Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung rechtswirksam zustande. Einer gesonderten Beauftragung, Vertragsunterzeichnung oder dergleichen bedarf es nicht.

Der Auftraggeber behält sich vor, nach Zuschlagserteilung ein unterzeichnetes – rein deklaratorisches – Vertragsdokument auszufertigen. Nachverhandlungen finden nicht statt.

24 Haftungsausschluss

Die Vergabeunterlagen können trotz Anwendung größtmöglicher Sorgfalt bei ihrer Erstellung unbeabsichtigt Angaben enthalten, die unzutreffend, unvollständig und oder mit den geltenden Verfahrensvorschriften unvereinbar sind. Hierfür ist die Haftung des Auftraggebers, soweit gesetzlich zulässig, ausgeschlossen.

25 Datenschutz, Vergabebekanntmachung

Der Auftraggeber wird im Vergabeverfahren nur Daten verarbeiten, die für das Verfahren und die Vertragsdurchführung erforderlich sind.

Die Ausführung der Leistungen setzt den Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrags zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer nach einem vom Datenschutzbeauftragten des Auftraggebers (Hr. Markus Lohrbächer) bereitgestellten Muster voraus.

Soweit der Auftraggeber nicht ausdrücklich etwas Anderes vorsieht oder dies nicht dem Sinn und Zweck der Anforderung widerspricht, dürfen personenbezogene Daten anonymisiert sein.

Der Auftraggeber ist gesetzlich zur Vergabebekanntmachung verpflichtet. Darin sind grundsätzlich die Firma und Rechtsform des bezuschlagten Bieters mit Anschrift und der Angebotspreis zu nennen. Mit Angebotsabgabe erklärt jeder Bieter für den Fall der Bezuschlagung seines Angebotes sein Einverständnis in die Veröffentlichung.

26 Gender-Hinweis

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit verwenden die Vergabeunterlagen teilweise das generische Maskulinum. Dies ist wertungsfrei und neutral zu verstehen und impliziert keine Benachteiligung anderer Geschlechter.

27 Angestrebter Zeitplan

Information über Auswertung der Teilnahmeanträge und Aufforderung zur Angebotsabgabe	Juli 2026
Ortstermine für Bieter beim Auftraggeber	Mitte Juli 2026
Frist zur Einreichung der Erstangebote	August 2026
Anwenderbesuche des Auftraggebers	August / September 2026
Verhandlungen (mit Einreichung aktualisierter / finaler Angebote) – nur bei Bedarf –	September 2026
Vorabinformation nach § 134 GWB und Auftragsvergabe	Oktober 2026
Ende der Bindefrist	Oktober 2026
Beginn der Leistungserbringung nach Zuschlag	Oktober 2026

Bei Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Bieterfragen können jederzeit über das Vergabeportal gestellt werden (siehe Ziff. 8 des Anschreibens).

Mit freundlichen Grüßen



Timm E. Freiheit

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Vergaberecht

Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht